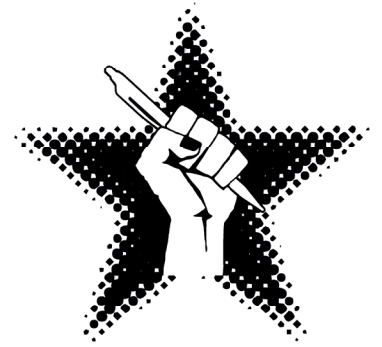


# AUS GRÜNDEN



15. Februar 2018 | Newsletter Nr. 1

## STREIK DER HILFSKRÄFTE IN BERLIN

Am 16.01.2018 sind in Berlin die Studentischen Hilfskräfte (SHK) das erste Mal seit 1986 in einen eintägigen Warnstreik getreten, welcher am 23.-25. Januar fortgesetzt wurde. Und für den die Tage vom 14.- bis 16. Februar wurde ein weiterer Warnstreik der 8000 SHKs in Berlin angekündigt! Tutorien werden nicht abgehalten, die Bücherei ist unordentlich, Korrekturen bleiben liegen und die Prüfungszeit steht vor der Tür...

Hintergrund des Geschehens an den Berliner Hochschulen ist die Personalpolitik der Hochschulleitungen. Denn diese setzen oft SHKs ein, um (administrative) Tätigkeiten des akademischen Mittelbaus zu erfüllen. 2011 wurde der TV – L eingeführt. Der Tarifvertrag für Angestellte des öffentlichen Dienst. Dieser regelt auch die Entgeltordnung für Universitätsangestellte. SHKs haben in Berlin seit 1986 einen eigenen Tarifvertrag, welcher 2003 zuletzt ausgehandelt wurde. 2011, im Zuge der Einführung des TV-L, sollte dieser neu verhandelt werden. Doch die Hochschulen waren nicht bereit, einer Verbesserung der Bedingungen für SHKs zu zustimmen. Das heißt, dass heutige SHKs nach einem Tarif von 2003 bezahlt werden. Dieser sieht keinerlei Kopplung an die Entwicklung der Löhne von Angestellten im öffentlichen Dienst vor, was bedeutet, dass keinerlei Inflationsausgleich stattfindet, sondern nur ein stetiger Lohnverfall. Durch die SHK Verträge werden (Tarif)-Verträge für Angestellte in Verwaltung und Lehre umgangen. Denn die SHK Verträge passen besser in das Bild einer ökonomischen Hochschule. Auch für

Festangestellte und anders Beschäftigte an den Hochschulen zeichnet sich ein beunruhigendes Bild der Beschäftigungsverhältnisse an den Universitäten. Es ist nicht überraschend, dass viele höhere Angestellte der Universitäten sich mit den Streikenden solidarisieren und sich am Arbeitsplatz für die Streikenden einsetzen!

Das Land Berlin hat zwar, im Übrigen als einziges Land, einen Tarifvertrag für SHKs doch sieht dieser schlechtere Konditionen vor, als die Regelungen für Festangestellte. Seit 2004 gibt es kein Weihnachtsgeld mehr. SHKs haben statt 30 nur 26 Tage Urlaub im Jahr. Im Studentenwerk etwa werden einer SHK Stelle nur der Lohn von 10,98/h gezahlt, während den Festangestellten, für die gleiche Arbeit, 16/h gezahlt wird. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sieht anders aus!

Die Forderungen der Verhandlungspartner, für die studentischen Interessen ver.di und GEW, die Prekarisierung der Universitäten zu stoppen äußert sich u.a durch die Forderung den Mindestlohn von knapp 11 auf 14 Euro steigen zu lassen. Diese Forderung setzt sich aus der Inflation seit dem letzten Tarifvertrag von 2001 und den Hochschulverträgen des Landes mit dem Bund zusammen. Denn seit 2001 hat ein Wertverfall von knapp 30% stattgefunden und die Hochschulverträge von Bund und Ländern von 2010 bis 2022 sehen finanziell eine Lohnentwicklung von +29,9% für studentische Hilfskräfte vor. Das entspräche 2022 einen h/Lohn von 14,22 Euro!

Man sollte im Hinterkopf behalten, dass wir das Jahr 2018 schreiben und seit spätestens 2010 keinerlei Lohnentwicklung stattgefunden hat, trotz des Postens im Hochschulvertrag. Weiter muss eine dynamische Lohnentwicklung gewährleistet werden, welche eine Kopplung des SHK Tarifvertrags an den TV-L ermöglicht. Denn auch in Zukunft dürfen sich die Arbeitnehmerschaften der Universitäten nicht durch Grauzonenpolitik spalten und gegeneinander ausspielen lassen!

Bedenkt man, dass die Streikenden in Berlin nicht nur für das mittelfristige Ziel eines höheren Stundenlohns auf die Straße gehen, sondern Kernproblematiken der Hochschulpolitik in Deutschland aufzeigen, so sind ihre Forderungen mehr als unterstützenswert. Die SHKs in Berlin zeigen, dass Hochschulen die Hochschulverträge nicht auslegen können, wie sie wollen. Sie haben in der Vergangenheit und Heute gezeigt, dass SHKs Tarifverträge bitter benötigen. Der Streik in Berlin verdeutlicht, dass die SHKs in Berlin bereit sind gegen die Flexibilisierung und Prekarisierung zu kämpfen. Der Mittelbau darf nicht ausgehöhlt werden!

Für die anderen Bundesländer bleibt wohl nur eine Frage offen: Gibt es ohne Tarifvertrag überhaupt eine Friedenspflicht?

**Lernfabriken ...meutern!**

# AUSWERTUNG DES KOALITIONSVERTRAGES

Am Mittwoch, den 7.2.2018 haben sich CDU und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, der nun die Grundlage für den Mitgliederentscheid der SPD darstellt. Beider Parteien wollen gemäß dieser Vereinbarung 11 Mrd. Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investieren: Digitalpakt (3,5 Milliarden), Investitionen in Ganztagsangebote (2 Milliarden) und für Kitaqualität und -gebühren (3,5 Milliarden). Damit wird allerdings noch nicht klar, wie genau die GroKo das ehemals gesetzte Ziel erreichen möchte, 3,5 % des BIP in Wissenschaft zu stecken. Es ist zu begrüßen, dass der vorgestellte Investitionsplan eine weitere Lockerung des Kooperationsverbotes darstellt. Gemäß dieses Verbotes darf der Bund nicht in Bildung investieren, weil dies Ländersache sei. Allerdings sehen sich die Länder nicht im Stande Hochschulen und Schulen hinreichend auszustatten. Im Vertrag wird nun versprochen, das Grundgesetz an dieser Stelle leicht zu modifizieren, gleichwohl eine große Koalition dafür nicht die notwendige Mehrheit im Bundestag hat und auch nicht klar ist, ob eine solche Änderung vom Bundesrat beschlossen würde. Zudem möchten die beiden Parteien eine Mindestausbildungsvergütung einführen. (Wir fordern übrigens auch für Azubis einen Mindestlohn von 10 €.) Für die Hochschulen soll der Hochschulpakt verstetigt und die Programmfinanzie-

rung fortgeführt werden. Der Qualitätspakt Lehre, die Exzellenzstrategie oder die Qualitätsoffensive Lehrerbildung würde es unter einer GroKo also auch in Zukunft geben. Nicht zuletzt wollen die beiden Parteien im BAföG eine Trendwende erreichen und mehr in studentisches Wohnen investieren. Eine Trendwende im BAföG ist jedoch bei der jüngsten BAföG-Reform unter den gleichen Koalitionspartner\*innen bereits verpasst worden. In ihrer neuerlichen Vereinbarung wollen sie nun eine Milliarde aufbringen, um diese Trendwende bis 2021 zu erreichen. Allerdings lässt sich bezweifeln, dass dieser Betrag annähernd ausreicht. Andreas Keller von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) betont zudem die Dringlichkeit der versprochenen Trendwende im BAföG und fordert, dass diese bereits Teil eines Hunderttage-Programms einer neuen Regierung sein sollte. Der freie Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) bemängelt darüber hinaus, dass die Koalition weiterhin in neoliberalen Finanzierungsmustern befangen bleibt. So konzentriert sie die Finanzen nicht auf das BAföG, sondern möchte ihre Stipendienprogramme weiter ausbauen, obwohl diese nachweislich soziale Ausgrenzungen befördern. Diese irrationale Wettbewerbspolitik macht der fzs auch in anderen Bereichen der Hochschulfi-

nanzierung aus. So sind auch die Exzellenzstrategie und der Qualitätspakt Lehre darauf ausgerichtet, einen kleinen Teil der Hochschulen auf- und einen großen Teil der Hochschulen abzuwerten. „Um bei der anhaltend hohen Studiennachfrage eine gute Lehre sicherzustellen, muss in alle Bereiche der Forschung und Lehre investiert werden und nicht nur dort, wo vermeintlich ökonomisch verwertbare Ergebnisse hervorgebracht werden.“, erklärt Eva Gruse vom fzs-Vorstand. Insgesamt kann mit Marlis Tepe von der GEW zwar konstatiert werden, dass der Vertrag mit kleinen Schritten in die richtige Richtung stolpert. Der fzs hat allerdings völlig recht darin eine Grundlegende Wende zu vermissen. Hochschulpolitik bliebe unter der Großen Koalition neoliberal. Die geplanten Mittel werden nicht ausreichen, soziale Ungleichheiten werden sich weiter vertiefen und „gute Arbeit“ in der Wissenschaft wird kaum dadurch erreicht, dass man in einem Koalitionsvertrag bloß davon redet, ohne zu erklären, was genau sich ändern sollte.

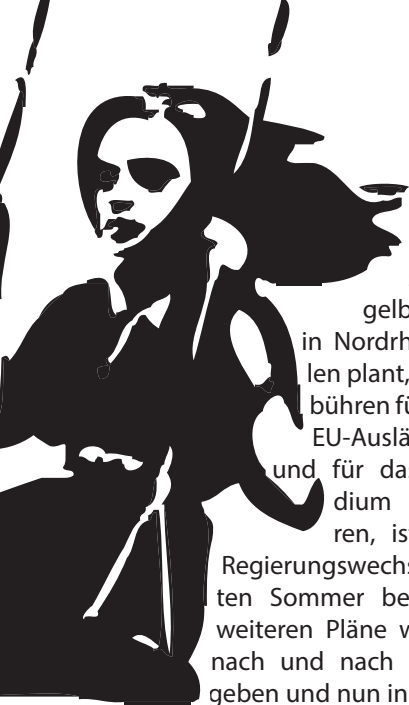
## KONFERENZBERICHT

Bereits zum vierten Mal trafen sich vom 26. bis 28.01.2018 Aktive des Bündnisses „Lernfabriken ...meutern!“ zu einer gemeinsamen Konferenz. Im Rahmen dieser Versammlung wurde beschlossen, sich zukünftig auf das Thema soziale Ausgrenzung zu konzentrieren und dazu in den kommenden Monaten mit kreativer Kommunikationsguerilla zu arbeiten. Am **13. Juni** wird es zudem einen **dezentralen Aktionstag** geben. Zudem wurde der basisdemokratische Anspruch des Bündnisses bestärkt. Dafür soll nun auch außerhalb der Konferenz ein stärkerer Kontakt zwischen

dem Bündnis und lokalen Strukturen aufgebaut werden: Jetzt wird es neben der Großen Konferenz auch **Offene Bündnistreffen (1.-3. Juni in Mannheim)** und offene Arbeitstreffen unserer überregionalen Arbeitsgruppen (20.-22. April in Berlin) geben. Zudem wird das Bündnis einen Newsletter herausgeben, der nicht nur dem großen Netzwerk an Aktiven aus über 40 Städten als Austauschplattform dienen soll, sondern ebenso als informatives Flugblatt zum Ausdrucken und Verteilen genutzt werden kann.

## POLITISIERT DAS WOHNEN

Der BAföG Wohnzuschuss (250€) reicht schon lange nicht mehr für eine anständige Wohnung in Studistädten. Die Ausbildungsvergütungen reichen in den meisten Fällen nicht, um sich eine eigene Wohnung leisten zu können. Geringverdiener\*innen, alte Menschen, Familien, alleinerziehende oder Geflüchtete haben ähnliche Probleme eine angemessene Wohnung zu finden. Die Probleme sind nicht nur in Großstädten vorhanden. Segregation lässt sich auch im Verhältnis von Städten und ländlicher Regionen an Möglichkeiten kultureller Teilhabe oder am Bildungsangebot ablesen. Damit muss endlich Schluss sein, wir müssen uns zusammen tun und solidarisch für bessere Wohnverhältnisse engagieren!



# BACKLASH IN NRW

Dass die schwarze Koalition in Nordrhein-Westfalen plant, Studiengebühren für die Nicht-EU-Ausländer\*innen und für das Zweitstudium einzuführen, ist seit dem Regierungswechsel im letzten Sommer bekannt. Alle weiteren Pläne wurden erst nach und nach bekanntgegeben und nun in einem Plan über die neuen Hochschulgesetzes gebündelt veröffentlicht. Was das Studium wohl am direktesten beeinträchtigen dürfte, ist die Aufhebung des Verbots von Anwesenheitspflichten.

Aufhebung eines Verbots klingt nach Freiheit, ist hier aber die Einführung eines Zwanges – zu Anwesenheit bei Lehrveranstaltungen. Anwesenheit ist eine gute Sache. Meistens lernen wir im Kontakt mit anderen viel mehr als alleine. Die Pflicht dazu macht ein Studium jedoch all denen deutlich schwerer, die nicht dem Ideal entsprechen: ausreichend finanziert und neben dem Studium keine weiteren nennenswerten Verpflichtungen oder Einschränkungen, sodass sie dem Studium die volle Aufmerksamkeit entsprechend eines Vollzeitjobs widmen können. Kaum jemand entspricht (noch) diesem Ideal. Ob nun ein Nebenjob nötig ist, die Studienzeit zu finanzieren, oder ein Kind oder eine andere Angehörige gepflegt werden muss, manchmal muss das zur Seminarzeit erledigt werden. Und auch wenn es nur wenige betroffen wären, sollte das keine Grund sein, dass diese kein Studium absolvieren können sollten. Ein Studium ist nun einmal kein Vollzeitjob. Da muss es durch unnötige Verpflichtungen nicht dazu gemacht werden, sondern sollte allen nach ihren Wünschen ermöglicht werden. Für diejenigen, die die entsprechende Zeit haben, alle Veranstaltungen jederzeit zu besuchen, ist die Pflicht dazu einfach nur eine Bevormundung, die der Entwicklung von kritischem und selbstständigen Lernen gegenübersteht.

Mit der erwähnten Aufhebung des Verbots will das Gesetz bzw. seine Macher\*innen diese Diskussion ja nur

an die Hochschulen holen und diesen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden. Hier weist das LandesAStenTreffen (LAT) NRW jedoch darauf hin, dass diese Diskussion bereits unter dem aktuellen Gesetz an den Hochschulen stattfindet, wenn auch unter den Bedingungen, dass Dozent\*innen begründen müssen, warum eine Anwesenheitspflicht in diesem speziellen Fall doch notwendig ist. Bei einer Aufhebung dieser Regelung und den derzeitigen (un)demokratischen Prozessen an den Hochschulen ist jedoch klar, dass die Professor\*innen die für sie einfachere Variante durchsetzen

Forschung nicht mehr Teil ihrer Grundordnungen sein, bzw. auch hier wird die Entscheidung den Hochschulen und deren professoraler Mehrheit überlassen werden.

Nicht nur also, dass diese Regierung Studiengebühren nach dem Baden-Württembergischen Modell plant. Auch über eine Änderung des Hochschulgesetzes will sie die Hochschulen wieder exklusiver, undemokratischer und kriegsorientierter gestalten. Mit Lernfabriken ...meutern! unterstützen wir die kommenden Kämpfe in NRW gegen diese Änderungen. Dass es welche ge-



werden, nach der es den Dozent\*innen offen steht, Verpflichtungen einzuführen oder nicht.

Weitere Punkte in dem veröffentlichten Gesetzesentwurf sind unter anderem, dass diese undemokratischen Verfahren noch weiter verschärft werden. So ist die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Statusgruppen lediglich eine Option für die Hochschulen. So kann jedoch keine Diskussion auf Augenhöhe um Themen wie die Anwesenheitspflicht oder die verbindliche Studienverlaufsvereinbarung stattfinden. Letztere soll nun neu eingeführt werden. Was dahinter stecken kann, ist noch nicht ganz klar. Immerhin gibt es auch wenige positive Aspekte in dem Gesetzesentwurf, wie den Wunsch nach besseren Beschäftigungsbedingungen und einer besseren Betreuung in der Studienberatung. Im Fall dieser Studienverlaufsvereinbarung soll eine nicht Einhalten jedoch womöglich auch zur Exmatrikulation führen können. Für einen Sinneswandel oder Normabweichung im Studium scheint hier kein Platz zu sein. Zuletzt ist noch hinzuzufügen, dass die Zivilklausel aus dem Gesetz gestrichen werden soll. Damit soll eine friedliche Ausrichtung der Hochschule insbesondere in der

ben werden, haben die Proteste gegen die Studiengebühren und die Aufregung, die dieser Entwurf bereits unter Student\*innenvertretungen hervorgerufen hat, deutlich genug gezeigt.

**protest**

**13 Juni .2018**

**dezentral**

## PROTEST IN ÖSTERREICH

Im Dezember und Januar sind in Österreich tausende von Menschen auf die Straße gegangen um gegen die neue FPÖ-ÖVP-Regierung zu protestieren. Das türkis-blaue Regierungsprogramm bedeutet für die Student\*innen in Österreich umfassende Einschnitte und Kürzungen. Neben der Einführung von Studiengebühren, die es vielen Menschen aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten nicht mehr erlauben studieren zu können, sollen auch die Gelder der verfassten Student\*innenschaft ÖH gekürzt und das allgemeinpolitischen Mandat der ÖH beschnitten werden. Für eine österreichweite Kampagne hat die ÖH jetzt ¼ Mio. Rücklagen (schau bitte nochmal nach ob die Zahl stimmt) aufgelöst, um die Einführung von Studiengebühren zu bekämpfen.

# MANGEL AN LEHRER\*INNEN

In Deutschland werden laut einer GEW-Studie bis zum Jahr 2025 etwa 35.000 Grundschullehrkräfte fehlen. Die Arbeitsbelastung der unterrichtenden Lehrer\*innen nimmt aber bereits zu. Das zeigt sich in größer werdenden Klassen und längeren Arbeitszeiten bei gleichbleibendem Gehalt.

Die Ursache für den Lehrermangel lässt sich auf die steigende Schüler\*innenzahl und den Ausbau von Ganztagschulen zurückführen. In den Universitäten werden zwar Lehrer\*innen ausgebildet, diese können jedoch lediglich die in Pension gehenden Lehrkräfte ersetzen, nicht aber die zusätzlich benötigten Stellen belegen. Außerdem limitiert der Numerus Clausus an den Universitäten die

Zahl der angehenden Lehrkräfte.

In Berlin beispielsweise wird versucht, das Problem zu umgehen, indem Quereinsteiger\*innen angeworben werden. So beträgt die Anzahl an gelernten Lehrer\*innen nur 28% im vergangenen Jahr.

Dieser Ansatz kann zwar kurzfristig den Lehrermangel minimieren, langfristig gesehen sollte der Beruf der Lehrer\*in attraktiver gemacht und die Zugangsmöglichkeiten erleichtert werden. Wichtig ist zudem, dass die Quereinsteiger\*innen berufsbegleitend eine umfassende pädagogische und inhaltliche Ausbildung erhalten. Sie sind es, die einen wesentlichen Teil zur Bildung und Sozialisierung eines Kindes beitragen. Und im Idealfall

das Kind fördern, durch eine gute Ausbildung zu einem kritisch denkenden Menschen heranzuwachsen.

Da die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte eine akute Herausforderung ist, sollten auch Anreize für die unterrichtenden Lehrer\*innen geschaffen werden, ihren Beruf länger auszuüben. Etwa mithilfe der Zusicherung von Kitaplätzen, besseren Arbeitsbedingungen und einem höheren Gehalt. Möglicherweise würden so die Teilzeit arbeitenden Lehrkräfte Vollzeit arbeiten, wodurch die Lage der Grundschullehrer\*innen und die Schulausbildung der Schüler\*innen verbessert würden.

# KINDERTAGESSTÄTTEN AUSBAUEN!

In Bremen wird gerade öffentlich über den Ausbau und die Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten (KiTa) debattiert. Doch das reicht nicht: Es müssen mehr KiTa-Plätze geschaffen, mehr Personal eingestellt und die Erzieher\*innen besser bezahlt werden.

Die CDU fordert in Bremen eine kostenlose Kinderbetreuung. Für diese Partei ist das tatsächlich ein ungewohnter Schritt. Das ändert nichts daran, dass er richtig wäre. Derartige Gebühren führen tendenziell dazu, dass Sorgearbeit ins Private (und damit Unsichtbare) abgedrängt wird. Und im Privaten (wie auch in der Berufswelt) übernehmen diese Arbeit vorwiegend Frauen – unbezahlt und nicht selten auf Kosten ihres eigenen Wohlergehens, weil viele Männer einen großen Bogen um Sorge- und Erziehungsarbeit machen. Das ist nämlich Arbeit, also auch ziemlich anstrengend. Und es ist Arbeit die kaum gewürdigt wird. Menschen, die auf Macht schielen, haben auf so eine Art von Arbeit meistens wenig Lust. Wer nun diese Gesellschaft grundlegend ändern möchte, muss genau an der Stelle ansetzen. Es geht genau darum, wie wir für einander Sorge tragen. Eine Welt, in der diese Arbeit als Selbstausbeutung von Frauen geleistet wird, nennen wir Patriarchat. Bislang haben sich CDU und vor allem

CSU dadurch hervorgetan, dass sie ein väterdominiertes (= patriarchales) Familienmodell stützen wollten. Daher waren diese Parteien auch nie sonderlich erpicht darauf, staatlich organisierte Kinderbetreuungen zu fördern. In Bremen hat die CDU zumindest an dieser Stelle endlich umgedacht.

Allerdings reichen populäre Forderung aus den Reihen der Opposition (genau das ist die CDU in Bremen) noch lange nicht für eine sozialgerecht Politik aus. Wer Gebührenfreiheit in diesem Sinne fordert, muss konsequenterweise auch höhere Steuern (vor allem für die oberen Steuerklassen) einnehmen. Zudem sollte an dieser Stelle angemerkt werden, dass in Bremen bereits 56 % der KiTa-Plätze gebührenfrei vergeben werden, weil Eltern mit geringem Einkommen von den Gebühren ausgenommen sind. Das heißt nicht, dass Gebührenfreiheit nicht weiterhin wichtig wäre. Sie ist es. Die Gelder über Steuern einzunehmen statt über Gebühren ist de facto gerechter. Das liegt nicht bloß daran, dass Steuern nach Gehaltsstufen gestaffelt sind. (Das gilt für derartige Gebühren oftmals auch.) Es ist vielmehr folgendes: Der Witz an einer Solidargemeinschaft ist gerade, dass nicht nur unmittelbar Betroffene für gesellschaftlich relevante Aufgaben wie Bildung und Erziehung aufkommen sollten. Und vor allem ist

die vollständige Gebührenfreiheit gut für denjenigen Teil der Erziehungsberechtigten, der auf dem Arbeitsmarkt tendenziell benachteiligt wird und der traditionell in Erzieher\*innenrolle gedrängt wird: Also für Frauen. Wichtig sind allerdings noch mindestens zwei weitere Forderungen. Es müssen mehr Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Der Bedarf ist auch in Bremen bei Weitem nicht gedeckt. Zusätzlich müssen Erzieher\*innen wesentlich mehr Lohn erhalten. Auch dafür muss Geld über Steuern eingenommen werden! Gerne erkennen wir Fortschritte in den Reihen der CDU an. Geschlechterpolitisch ist die Forderung richtig und wichtig. Sie führt allerdings zu nichts, wenn auch nicht die Rahmenbedingungen der Versorgung verändert werden. Wer also nicht bloß populäre Forderungen hinaus pusaunen möchte, die in Wirklichkeit lediglich der reicheren Hälfte der Bremer Bevölkerung etwas bringen würden, sollte auch über Steuern, den Ausbau von KiTa-Plätzen und den Lohn von Erzieher\*innen sprechen.

Am kommenden Dienstag, 20. Februar, findet ab 15:30 Uhr daher vor der Bremischen Bürgerschaft eine Demonstration gegen den #Kitanotstand statt.